

Jugendsozialarbeit

→ aktuell

Nummer 241
November 2025

Sehr geehrte Leser*innen,

der jüngste Wahlerfolg der AfD bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen ist nicht nur ein politisches Signal – er verändert die Rahmenbedingungen sozialer Arbeit vor Ort.

In vielen Kommunen und Kreisen hat die Partei Sitze gewonnen. Sie wird zukünftig über Haushalte, Förderstrukturen und Programme mitentscheiden, die bislang auf Vielfalt, Demokratiebildung und Chancengerechtigkeit ausgerichtet waren. Wo politische Kräfte an Einfluss gewinnen, die Inklusion, Diversität und Gleichstellung infrage stellen, drohen gerade jene Projekte geschwächt zu werden, die jungen Menschen Perspektiven eröffnen – besonders jenen, die ohnehin am Rand stehen.

Jugendsozialarbeit stärkt junge Menschen in schwierigen Lebenslagen und schafft Räume, in denen demokratische Prinzipien wie Solidarität, Toleranz und Mitbestimmung erfahren werden können. Sie lebt von Offenheit, Vielfalt und demokratischen Werten. Doch diese Arbeit gerät unter Druck, wenn politische Mehrheiten entstehen, die Projekte zur Demokratieförderung oder interkulturellen Bildung oder deren Finanzierung infrage stellen. Umso wichtiger ist es, dass Fachkräfte, Träger und Kommunen gemeinsam Haltung zeigen. Demokratiearbeit darf keine freiwillige Leistung sein – sie ist die Grundlage unseres Zusammenlebens.

Wenn kommunale Unterstützung dafür schwindet, geht mehr verloren als nur finanzielle Sicherheit: Es geht um die Erhaltung einer offenen Gesellschaft.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.



Stefan Ewers
Geschäftsführer

Neuer Alltag nach den Kommunalwahlen? Das Erstarken der AfD und die zu erwartenden Folgen

Dierk Borstel

Nach den Kommunalwahlen in NRW gab es in den Selbstwahrnehmungen der Parteien viele Sieger. Die CDU blieb stärkste Kraft und konnte ihr Ergebnis mit leichten Verlusten von 1 % in etwa halten. Die SPD verlor zwar über 2 % der Stimmen – aber damit doch nicht so stark, wie von ihr selbst befürchtet. Lediglich die Bündnisgrünen konnten ihre Verluste von 6,5 % schwer kaschieren, freuten sich dann aber doch auch darüber, u. a. in Köln, Münster und Aachen in die Stichwahlen der Oberbürgermeisterwahlen gekommen zu sein. Die FDP verschwand lautlos im Kanon sonstiger Parteien. Während alle Parteien der Mitte Prozente verloren, gewann die Linke 1,8 %. Der klare Wahlsieger stand aber rechts der Mitte: Mit einem Plus von 9,4 % wurde die AfD drittstärkste Partei. Hinzu kamen diverse Achtungserfolge, z. B. die Beteiligung von AfD-Kandidaten an den Oberbürgermeisterstichwahlen in Hagen, Gelsenkirchen und Duisburg.

Dieser Wahlsieg der AfD wird die kommunale Politik in vielen Städten und Gemeinden vermutlich verändern. Bisher spielte sie mit wenigen Ausnahmen angesichts fehlender Stärke kaum eine Rolle und konnte ignoriert werden. In einigen Orten erschienen ihre Mandatsträger erst gar nicht erst zu den Sitzungen. Vermutlich, so auch die These dieses Beitrags, wird sich das jetzt ändern. Wie werden sich die Kommunalverwaltungen ändern (müssen)? Auch wenn Zukunftsblicke immer problematisch und hypothetisch bleiben, gibt es zum kommunalen Handeln der AfD erste Forschungen. Hinzu kommt Erfahrungswissen aus vielen Praxis- und Forschungsprojekten, die in die Ausarbeitung einfließen. Dennoch kann der Beitrag für den Moment nur Szenarien entwerfen und Fragen formulieren.

Parteien sind besonders dann erfolgreich, wenn sie ein festes gesellschaftliches Milieu vertreten bzw. sich in zentralen, polarisierten Fragen klar und glaubwürdig auf einer Seite positionieren, während ihre Mitbewerber die Gegenposition einnehmen.

Wahlnachlese

Die Kommunalwahl in NRW holte bestehende Landes- und Bundestrends nach. Die demokratischen Parteien von rechts der Mitte (Rechter Flügel der CDU) bis zur linken Mitte (Bündnis 90/ Die Grünen) verlieren zusammen 11,4 % der Stimmen. Geringe Gewinne gibt es links davon und große Gewinne von fast 10 % bei der äußersten Rechten. Die AfD wurde dabei flächendeckend im Land gewählt. Ihr Schwerpunkt liegt zwar im Norden des Ruhrgebiets – sie gewinnt aber auch im Rheinland sowie in den ländlichen Regionen und da sowohl in den Dörfern wie auch in den Kleinstädten.

Besonders stark ist die AfD in Städten mit besonderen, auch öffentlich sichtbaren sozialen Herausforderungen, die mit Fragen von Zuwanderung verbunden sind oder populistisch verbunden werden können. So war ein gemeinsamer Streitpunkt in Hagen, Duisburg und Gelsenkirchen die Integration zugewanderter Menschen aus Armutsregionen in Bulgarien und Rumänien. Auffallend sind auch starke Wahlergebnisse der AfD in verschiedenen migrantischen Communities. In Gelsenkirchen ist die AfD sogar stärkste Kraft im Integrationsrat.

Interessant ist auch, dass die AfD in Teilen des Landes jenseits von Plakaten und Onlineauftritten im Wahlkampf kaum real in Erscheinung getreten ist. Ein aktiver Wahlkampf war in den Großstädten wahrnehmbar. Darüber hinaus war er eine Ausnahme. Vielerorts wird auch noch gerätselt, wer denn zukünftig die AfD vertreten wird, da ihre Wahlfrauen und -männer selbst vor Ort oft kaum bekannt waren.

Versucht man nun dieses Ergebnis mithilfe einiger Grundtheorien der Wahlforschung (Schoen 2014) zu sortieren, so lassen sich gleich zwei Erfolgskriterien der AfD identifizieren. Parteien können z. B. dann (dauerhaft) erfolgreich sein, wenn sie ein festes gesellschaftliches Milieu politisch repräsentieren. Dies gelingt z. B. der Union noch in Teilen des Rhein- und Sauerlandes. Ebenfalls erweisen sich Parteien dann als erfolgreich, wenn sie sich in einer polarisierten Kernfrage mit hoher gesellschaftlicher Bedeutung auf einer Seite klar und mit hoher Authentizität und Überzeugungskraft positionieren können und die Mitbewerber sich für die andere Seite entschieden haben. Das war z. B. bei den Grünen in ihrer Entstehungszeit der

Fall: Sie präsentierten im Konfliktfeld Ökonomie vs. Ökologie die ökologische Seite.

Vieles spricht dafür, dass bei der AfD derweil beide Theorien von Bedeutung sind. Sie wird auch dort gewählt, wo sie bisher eigentlich gar nicht real existierte. Es deckt sich auch mit vielen Langzeitstudien (u. a. Heitmeyer 2002-2012), die schon länger vor einem festen Milieu mit menschenfeindlichen Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft warnen. Dieses Milieu war früher parteipolitisch nicht gebunden. Derweil wird es von der AfD repräsentiert. Je nach Studienlage und Interpretation kann dabei von mindestens 10 % der Bevölkerung ausgegangen werden.

Zusätzlich zu diesem festen Wählerstamm gewinnt sie dort, wo soziale Probleme im öffentlichen Raum sichtbar sind, diskursiv mit dem Thema Migration verbunden werden und den Parteien der Mitte zu wenig Lösungskompetenz zugetraut wird. Die AfD verspricht hier mit ihrem Ansatz der „Remigration“ eine Lösungskompetenz und positioniert sich so gegen die anderen Parteien in einer gesellschaftlich relevanten Frage mit hoher symbolischer Bedeutung. In diesem Kontext werden dann auch die hohen Stimmergebnisse in migrantisierten Communities besser verstehbar. Hier spricht die AfD bestehende Ungerechtigkeitsgefühle an, indem sie die Unterstützung für Geflüchtete gegen unterbliebene Unterstützungen in der Vergangenheit z. B. in vielen Fällen türkischer Migrationserfahrungen ausspielt. Gleichzeitig adressiert die AfD wie wenig andere Parteien diese Communities und spricht die vor allem auch autoritären, in Teilen auch hypermaskulinen Einstellungen z. B. in Putin- oder Erdogan-freundlichen Communities gezielt an.

Erkenntnisse der Parlamentsforschung

Die kommunale Ebene ist in der deutschen Parlaments- wie auch in der Rechtsextremismusforschung ein Stiefkind. Erste Felduntersuchungen gab es zunächst nach Wahlerfolgen der früheren NPD u. a. in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern (Buchstein u.a. 2006). Hinzukommen derweil erste Studien auch zur AfD (Vgl. u.a. Hafenecker u.a. 2018, Butterwegge u.a. 2018, Ruhose 2023). Fasst man diese etwas vereinfacht zusammen, lassen sich unterschiedliche Typologien kommunalpolitischer Repräsentanz identifizieren, die an dieser Stelle kurz vorgestellt

werden sollen:

Die Abwesenden.

In einigen Kommunen sind die Vertretungen der AfD quasi nicht erschienen oder waren zwar in den öffentlichen Sitzungen hin und wieder anwesend, verhielten sich dort aber still, ohne eigene Anträge und fielen nicht weiter ins Gewicht.

Die Populisten

Im Fall der Populisten zeigt sich ein anderes Bild. Ein Beispiel dafür ließ sich bisher in Dortmund beobachten (vgl. Borstel 2024). Dort verweigerte die AfD in den Ausschüssen weitgehend jede Mitwirkung und schwänzte oft diese Arbeitssitzungen. Anders verhielt es sich mit den Stadtratssitzungen. Dort drängten die führenden Köpfe auf Redezeiten, versuchten alle kommunalen Themen auf ihr Oberthema Migration zu beziehen und freuten sich über jede Provokation und Aufregung. Die Stadtrats-sitzung diente somit lediglich als Bühne zur Erregung von Aufmerksamkeit und nicht als Ort konkreter Lösungssuche für kommunale Herausforderungen.

Die Kümmerer

Vor allem in ostdeutschen Kommunen hat sich derweil auch ein Typus des Kümmerers etabliert (vgl. Borstel 2018). Die AfD greift hier tatsächlich kommunale Themen auf und verbindet sie argumentativ mit Migrationsfragen. Anders als bei den Populisten verweigert sie hier aber nicht die konkrete Mitwirkung an der kommunalen Gestaltung und versucht sich als die Partei zu präsentieren, die „nicht nur redet“, sondern „sich wirklich kümmert“. Zumeist wird dies verbunden mit vielfältigen Aktivitäten im parlamentarischen Vorfeld, z. B. über Sommer- und Familienfeste oder Besuche bei Vereinen. Wichtig ist dabei jedoch, dass die AfD auch hier keine Abstriche an ihren ideologischen Zielen macht. Sie „kümmert“ sich hier um eine ethnisch definierte „Volksgemeinschaft“ und nicht um eine integrierte, pluralistische und vielfältige Gesellschaft.

Darüber hinaus lassen sich in ersten Fallstudien (vgl. u.a. Wagner 2025) zur AfD folgende Strategien erkennen:

Koordination

Bisher wirkten die Aktivitäten der AfD auf kommunaler Ebene noch recht unkoordiniert. Mit dem Ausbau der Partei, den neuen

finanziellen Möglichkeiten angesichts ihrer Mitgliederzuwächse und Wahlerfolge sowie einer eventuellen Förderung ihrer partei-internen Stiftung dürfte sich das aber ändern. Wie auch bei anderen Parteien wird es mehr Schulungen und Grundkurse für kommunalpolitisches Engagement geben und damit eine Professionalisierung im Auftreten und Handeln zu erwarten sein.

Kampagnen

Zu erwarten sind auch zentral gesteuerte Kampagnen zu Reizthemen der Partei. Dies erfolgt in Form von vorgefertigten Anträgen, die dann nur noch örtlich angepasst werden müssen. Erkennbar ist dieses Vorgehen jetzt schon in der Auseinandersetzung mit Programmen der Demokratieförderung und Extremismusprävention.

Klagewellen

Ein beliebtes Mittel der AfD ist bereits jetzt die Klage. Ihr geht es dabei gar nicht immer um die Klärung juristischer Fragen und auch nicht ums Gewinnen im jeweiligen Prozess. Wichtiger ist ihr die damit verbundene Verächtlichmachung und Infragestellung ihres jeweiligen Klagegegners. Er soll durch die Klage öffentlich beschädigt werden und die AfD gleichzeitig als Kämpfer für eine juristische Gerechtigkeit erscheinen.

Szenarien für die Zukunft

Die kommunalpolitische Ebene im politischen System basiert stark auf Vertrauen. Anders als auf Landes- oder Bundesebene ist das kommunalpolitische Parlament eng mit der örtlichen Verwaltung verbunden und bildet zusammen eine Vertrauensgemeinschaft.

Tatsächlich gibt es im Ländervergleich zwei grundlegende Modelle zur Rolle der Parteien. In weiten Teilen Ostdeutschlands, aber auch in Bayern und Baden-Württemberg dominieren vor allem in kleineren Kommunen Wahlgemeinschaften und engagierte Einzelbürger*innen in den kommunalen Vertretungen. Gute Chancen hat hier, wer sich engagiert und überzeugend vor Ort einbringt – im Zweifel auch unabhängig von der jeweiligen Parteizugehörigkeit.

In Nordrhein-Westfalen dominiert hingegen das parteikonzentrierte Modell der Kommunalpolitik. Hier spielen Parteien ähnlich wie im Land und Bund eine große Rolle. Dies ändert aber nichts daran, dass viele kommunale

Die kommunalpolitische Ebene innerhalb des politischen Systems stützt sich in besonderem Maße auf Vertrauen. Im Unterschied zur Landes- oder Bundespolitik besteht auf kommunaler Ebene eine enge Verzahnung zwischen dem Parlament und der örtlichen Verwaltung, die gemeinsam eine Vertrauensgemeinschaft bilden.

Quellennachweis:

Borstel, D. (2018). Rechtsextremismus und Demokratieentwicklung im ländlichen Raum - ein Update am Beispiel Vorpommern, in: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit: Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis, 3 (2018) (1), 113-125

Borstel, D. (2024); Rechtspopulismus im Stadtrat – Das Beispiel Dortmund, Dortmund (noch unveröffentlicht)

Buchstein, H. u.a. (2006); Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, Greifswald

Butterwegge, C. u.a. (2018); Rechtspopulisten im Parlament: Polemik, Agitation und Propaganda der AfD, Berlin

Hafeneger B. u.a. (2018); AfD in Parlamenten: Themen, Strategien, Akteure, Schwalbach

Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2002-2012); Deutsche Zustände, Folgen 1-10, Frankfurt

Ruhose, F. (2023); Rechtspopulismus in der Opposition: Die AfD-Fraktion im Bundestag (2017-2021), Weinheim

Schoen, H. (2014); Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung, in: Falter, J.W./ Schoen, H. (Hrsg.); Handbuch Wahlforschung, 2. Auflage, Wiesbaden, S. 169-240

Wagner, J. (2025); Stresstest AfD: Wehrhafte Demokratie und Rechtsextremismus, Berlin

Themen nicht primär parteipolitisch und polarisiert betrachtet werden sollten. Zumeist geht es hier um die konkrete Gestaltung der öffentlichen Versorgung. Ein Leck im Schuldach gilt es primär zu flicken oder ein Sportplatz zu sanieren, wenn er kaputt ist – unabhängig von der Parteizugehörigkeit. Hinzu kommt, dass viele Kommunen angesichts ihrer jeweiligen Haushaltslagen oft nur noch über rudimentäre eigene Gestaltungsspielräume verfügen. Hier dominiert die Erfüllung der Pflichtaufgaben und für freiwillige Aufgaben fehlen oft die finanziellen Möglichkeiten. Das erschwert dann noch mehr eine eigenständige kommunale Gestaltung (und frustriert auch viele Engagierte). Die Bindeglieder vor Ort sind dabei vor allem auch die gemeinsame Identifikation mit dem eigenen Ort und das gegenseitige Vertrauen, dass im Zweifel die konkrete Verbesserung der gemeinsamen Lebenssituation vor Ort wichtiger sein wird als ideologische Grundsatzkämpfe.

Diese Vertrauensbasis droht mit den Ergebnissen der AfD auseinanderzubrechen. Sie basiert auf der Vorstellung ähnlich gelagerter Interessen und der gemeinsamen Suche nach konkreten Lösungen für kommunale Herausforderungen. Was passiert aber, wenn eine erstarkte Partei daran gar kein Interesse hat und ihre Erfolge gerade darauf basieren, dass etwas vor Ort nicht funktioniert und für sie bestenfalls sogar eskaliert? In einem solchen Fall schwächt sich die normative Grundlage kommunaler Zusammenarbeit ab.

Vermutlich wird dies Ausdruck finden in einer erstarkten Politisierung kommunaler Themen. Die AfD versucht, mit kommunalen Fällen ihre übergeordneten Ideologien und Ziele vor allem zur Migrationsfrage zu belegen. Ihr ist aber dabei gar nicht daran gelegen, dass sich kommunale Probleme unbedingt lösen lassen. Dies würde sich nämlich auch auf ihr übergeordnetes Politikverständnis negativ abfärben.

Erwartbar sind ferner auch deutlich zugespitzte Debattenkulturen. Erste Fallanalysen z. B. zum Stadtparlament in Dortmund zeigen dies bereits deutlich. Der Ton wird rauer werden, indem menschenfeindliche Ideologien in den Redebeiträgen öffentlich werden oder auch „Gegner“ der AfD vor Ort gezielt markiert werden. Gerade in einem Feld, der wie kaum ein anderer vom ehrenamtlichen Engagement abhängig ist, wird dies mittelfristig Folgen haben. Dies zeigt sich bereits heute in weiten Teilen Ostdeutschlands durch den Rückzug vieler Kommunalpolitiker*innen.

Zu erwarten sind auch klare Feindmarkierungen vor Ort. Wer sich vor Ort für eine liberale Demokratie, eine postmigrantische Gesellschaft und ebenso offene wie menschenfreundliche Kultur einsetzt, kann zur Zielscheibe der AfD werden. Zu erwarten sind hier mehrdimensionale Versuche der Unterdrückung, die von der öffentlichen Markierung bis zur gezielten Beschäftigung mit Gerichtsverfahren und insbesondere von Versuchen, öffentliche Finanzierung zu verunmöglichen, reichen werden. Das kommunale Parlament bietet der AfD zukünftig eine weitere Bühne, aber auch politische Mittel, um ihre Gegner offensiv zu bekämpfen.

Spannend wird besonders sein, wie die kommunalen Verwaltungen auf diese Veränderungen reagieren werden. Werden sie sich aktiv entgegenstellen – auch auf die Gefahr hin, z. B. mit Klagen, Anfragen und Anträgen massiv beschäftigt zu werden? Oder reagieren Sie mit einem vorseilen Gehorsam, der schnell auch zur Feigheit werden kann? Um Konflikte zu vermeiden, werden dann gängige und eingespielte Verfahren eingestellt oder verändert, um der AfD zukünftig keine Ansätze für Kritik zu bieten. In einem solchen Fall verlöre der liberale, demokratische Rechtsstaat seine Basis in den Kommunen und die AfD müsste nur existieren, um ihre zentralen Ziele durchzusetzen. Die Demokratie vor Ort gäbe sich geschlagen, bevor der Kampf begonnen hat. So weit ist es aktuell nicht – aber es ist der Punkt gekommen, an dem kommunale Politik und Verwaltung ihre Haltungen zu dieser Grundfrage klären muss.

Autor:

Dr. Dierk Borstel ist Professor für praxisorientierte Politikwissenschaften an der Fachhochschule Dortmund. Seine Arbeitsschwerpunkte sind u. a. Rechtsextremismus und kommunale Demokratieentwicklung, Demokratiepoltik und politische Kulturfor-schung Studien zur Radikalisierung und Deradikalisierung, radikale politische Strömungen.

IMPRESSUM

jugendsozialarbeit aktuell
c/o LAG KJS NRW
Kleine Spitzengasse 2 - 4
50676 Köln
E-MAIL: aktuell@jugendsozialarbeit.info
WEB: www.jugendsozialarbeit.info

jugendsozialarbeit aktuell (Print)
ISSN 1864-1911
jugendsozialarbeit aktuell (Internet)
ISSN 1864-192X

VERANTWORTLICH: Stefan Ewers
REDAKTION: Franziska Schulz
DRUCK/VERSAND: SDK Systemdruck Köln

